

Haltung zeigen für eine offene, mitmenschliche und demokratische Gesellschaft

Unter dem Titel „Wehrhafte Demokratie - dem Rechtsruck entgegenwirken“ kamen am Freitag, 05.10.2018 mehr als 50 Personen zur bereits dritten ‚Vernetzungskonferenz‘ zusammen, um über aktuelle rechte Entwicklungen in Deutschland zu diskutieren und um gemeinsam nach demokratischen und mitmenschlichen Gegenentwürfen und Handlungsstrategien zu suchen. Die Veranstaltung, welche von der ‚Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg‘ und dem ‚Institut für Kirche und Gesellschaft der ev. Kirche von Westfalen‘ organisiert wurde, bot neben inhaltlichen Beiträgen insbesondere auch Raum, um lokale Kooperationen zu fördern und den Austausch der anwesenden Engagierten zu stärken.

Alexander Häusler vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus (FORENA) der Hochschule Düsseldorf referierte einleitend zum Thema ‚Rechter Kulturkampf und soziale Bewegung von rechts‘. Dabei konstatierte er eine Umstrukturierung des Rechtsaußenspektrum bundesweit wie auch in NRW und analysierte Strategien und Ziele einer rechten Sammelbewegung von zuvor differenzierten rechten Milieus. Abschließend zeigte er auf, welche Auswirkungen und Herausforderungen sich daraus für zivilgesellschaftlich engagierte Akteure ergeben, beispielsweise Diskreditierungskampagnen auf Projekte oder Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus.



Alexander Häusler (Foto: Dierk Hartleb)

Nach der Mittagspause ging es für die Teilnehmer_innen, von denen viele ehren- oder hauptamtlich in Bündnissen, Initiativen oder institutionell gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie in Projekten zur Förderung demokratischer Kultur tätig sind, im Workshop-Setting weiter. Aufbauend auf dem Eingangsvortrag, wurde nach ganz praktischen Handlungsoptionen gesucht, um dem gesellschaftlichen Rechtsruck auf verschiedenen Ebenen zu bekämpfen. Zentrale Themen waren die lokale Vernetzung von Initiativen und Organisationen in der Kommune und im Landkreis, rechte Agitation im Internet sowie die Frage nach dem Umgang mit Vertretern rechtspopulistischer Gruppen und Parteien zum Beispiel im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen. Neben der Notwendigkeit, Haltung zu zeigen und sich klar gegen Menschenfeindlichkeit und für ein soziales Miteinander zu positionieren, wurden auch Unsicherheiten um Umgang mit Anfeindungen und Diskreditierung der eigenen Arbeit durch (extrem) rechte Akteure geäußert.

Trotz der zunehmenden Etablierung rechter und rassistischer Positionen im öffentlichen Alltag, guten Umfrageergebnissen rechter Parteien in Europa und der enormen Herausforderungen für demokratische und zivilgesellschaftliche Akteure, gibt es auch Grund für Optimismus.

„Die breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisse, Kampagnen und Großdemonstrationen, die sich etwa unter den Stichwörtern #Seebrücke, #wirsindmehr, #ausgehetzt oder #unteilbar gegründet haben, sind wichtige Schritte zur Formulierung und Stärkung solidarischer und friedlicher politischer Alternativen“, so Jonas Flick, Referent der Mobilien Beratung beim Amt für Jugendarbeit der ev. Kirche von Westfalen.